

Forderung für die Bereitstellung von Förderungsmitteln für die Trink- und Abwasserwirtschaft im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen

Die verantwortlichen Verbände der Siedlungswasserwirtschaft in Österreich wollen aus Anlass der Finanzausgleichsverhandlungen auf die Notwendigkeit der Fortführung und eine entsprechende Dotierung der Bundesförderung hinweisen.

Die Förderung unterstützt den Ausbau und den Erhalt der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur ganz entscheidend. Nur durch dieses Solidarsystem können massive Gebührenerhöhungen verhindert und ein qualitativ hochwertiger und effizienter Ausbau der Infrastruktur gewährleistet werden. Die siedlungswasserwirtschaftliche Infrastruktur dient der Gesundheit der Bevölkerung und dem Umweltschutz, sie schafft Lebensqualität und ist unverzichtbar für die Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus sowie den Erhalt bzw. die Steigerung der Wassergüte.

Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind im ländlichen Raum oft besonders wichtig, damit die Bevölkerung eine berufliche und private Perspektive bekommt und damit die Abwanderung, insbesondere der jungen Bevölkerung, verhindert wird. In den dichter besiedelten Gebieten sind in weiten Bereichen des Bundesgebiets Ersterschließungsmaßnahmen und Netzverdichtungen aufgrund des demografischen Wandels, der Binnenwanderung und der steigenden Bevölkerungszahl durchzuführen.

Die Auswirkungen der durch den Klimawandel bedingten, geänderten Niederschlagsintensitäten auf die Grundwasserstände und die Quellschüttungen sind in der Studie „Wasserschatz Österreich“ des BML aus dem Jahr 2021 dargestellt und führen zum Schluss, dass entsprechende Anpassungsmaßnahmen dringend geboten sind. Um die Versorgung mit Trinkwasser auch in den niederschlagsarmen Regionen Österreichs jederzeit sicherstellen zu können, sind in den nächsten Jahren hohe Investitionen in die Infrastruktur erforderlich. Zu den entsprechenden Maßnahmen zählen etwa die Errichtung weiterer Wasserschienen, die verstärkte Vernetzung der einzelnen Wasserversorger oder die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung durch voneinander unabhängige Wasserspender.

Um Städte und den ländlichen Raum klimafit zu machen, müssen diese einerseits auf extreme Starkniederschlagsereignisse und andererseits auf Trockenperioden vorbereitet werden. Hierfür ist es erforderlich, den natürlichen Wasserhaushalt durch den Rückhalt des Wassers, aber auch der Versickerung zu fördern. Beides ist nur durch einen gezielten Umbau der bestehenden Infrastruktur möglich. Darüber hinaus stehen im Bereich der Abwasserreinigung zusätzliche

Investitionen im Bereich Energieautarkie, Erhöhung der Reinigungsleistung und Minimierung von Treibhausgasen.

Seit 1959 wurden rund 65 Milliarden Euro in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung investiert. Um diese kostbare Infrastruktur zu erhalten, muss sie laufend geprüft und erneuert werden. Die Reinvestitionsquote sollte – auch bei einem effektiven Betrieb - 2 % pro Jahr betragen, um nachhaltig den Betrieb der Anlagen gewährleisten zu können.

Das Fehlen von ausreichenden Förderungsmitteln des Bundes würde notwendige Neubauten und insbesondere Sanierungs- bzw. Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel stark verzögern. Dadurch wären ein schlechender Qualitätsverlust, drastische Gebührensteigerungen und ein Rückgang in der auf diesem Gebiet tätigen Bauwirtschaft mit allen konjunkturellen und beschäftigungstechnischen Konsequenzen die direkte Folge. Ein Zurückziehen des Bundes würde letztlich den Ausstieg aus dem bewährten solidarischen System der gemeinsamen Finanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden bedeuten und somit das Gesamtsystem in Frage stellen.

Eine funktionierende Siedlungswasserwirtschaft ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine ständige Herausforderung! Die Verantwortung für diesen Bereich der Daseinsvorsorge muss auch künftig von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam, auch finanziell, getragen werden.

Forderungen

Im Rahmen der laufenden Finanzausgleichsverhandlungen ist ein Zusagerahmen für Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft in Höhe von 130 Millionen Euro vorzusehen. In den Verhandlungen ist jedoch noch zu berücksichtigen, dass der geforderte Betrag, die enormen Preisentwicklungen der letzten Jahre im Bausektor nicht berücksichtigt. Die unterzeichnenden Organisationen fordern diesen Betrag damit der, aufgrund des Klimawandels dringend erforderliche, weitere Ausbau der Infrastrukturanlagen zügig vorangetrieben werden kann.

Juni 2023

Ing. Wolfgang Nöstlinger, MSc MBA



Präsident der
Österreichischen
Vereinigung für das Gas-
und Wasserfach

Baurat h.c. DI Roland Hohenauer



Präsident des
Österreichischen
Wasser- und
Abfallwirtschaftsverbandes

Bgm. Dr. Michael Ludwig



Präsident des
Österreichischen
Städtebundes

Bgm. Mag. Alfred Riedl



Präsident des
Österreichischen
Gemeindebundes

Daniel Fügenschuh



Präsident der
Bundeskammer der
ZiviltechnikerInnen